OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen:
LVwG-370022/6/KLi

Datum:
Linz, 8. April 2022

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich fasst durch seine Richterin Dr. Lidauer über die Säumnisbeschwerde vom 30. Jänner 2022 der R D, geb. x, x, x, betreffend Verletzung der Entscheidungspflicht der Bezirkshauptmannschaft Braunau über den Antrag vom 1. September 2021 auf Weitergewährung einer Leistung der Sozialhilfe zur Unterstützung des Lebensunterhalts sowie zur Befriedigung des Wohnbedarfs nach dem Oö. Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (Oö. SOHAG) den

B E S C H L U S S

I. Das Verfahren wird wegen Gegenstandslosigkeit eingestellt.

II. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I. Verfahrensgang:

I.1. Mit Eingabe vom 30. Jänner 2022, eingebracht bei der Bezirkshauptmannschaft Braunau (in der Folge: belangte Behörde), brachte die Beschwerdeführerin (in der Folge: Bf) vor, sie habe mit E-Mail vom 1. September 2021 bei der belangten Behörde einen Weitergewährungsantrag gestellt. Sie habe der Behörde zusammen mit dem Antrag und in Ergänzung zu dem Antrag mit E-Mails vom 2. September 2021 und vom 5. September 2021 alle notwendigen Unterlagen übermittelt, die zur Entscheidung über ihren Antrag notwendig seien. Es seien keine rechtlichen oder tatsächlichen Gründe ersichtlich, die eine fristgerechte Entscheidung verhindert hätten. Die Verzögerung liege im alleinigen Verschulden der belangten Behörde. Sie stelle daher den Antrag, das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich möge der belangten Behörde auftragen, den Bescheid über den Weitergewährungsantrag auf Sozialhilfe vom 1. September 2021 zu erlassen.

I.2. Die belangte Behörde legte die Säumnisbeschwerde samt dem bezughabenden Verwaltungsakt dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich zur Entscheidung vor.

Die belangte Behörde brachte dazu Nachfolgendes vor:
„Die Beschwerdeführerin hat am 1. September 2021 die Weitergewährung von Leistungen der Sozialhilfe beantragt. Die Beschwerdeführerin weigert sich beharrlich an der Feststellung des für die Erledigung ihres Antrags maßgeblichen Sachverhalts mitzuwirken. Dies insbesondere im Hinblick auf die Frage der von ihr behaupteten Arbeitsunfähigkeit. Einen im Februar 2021 für die Beschwerdeführerin vereinbarten Untersuchungstermin im BBRZ x hat sie, ohne dass sie einen Alternativtermin angeboten hat, abgesagt.
Vor dem Hintergrund der Ausführungen des Landesverwaltungsgerichtes zur Bemühungspflicht in seinem Erkenntnis vom 11. Jänner 2022, Zl. LVwG-351092/2/GS/TO, wurde der Beschwerdeführerin mit dem ausdrücklichen Hinweis auf diese Bemühungspflicht nach § 12 Abs. 1 Oö. SOHAG erneut Gelegenheit gegeben, binnen vierzehn Tagen Nachweise über die Anmeldung beim AMS Braunau als arbeitssuchend beizubringen. Für den Fall einer Arbeitsunfähigkeit wurde sie um Vorlage medizinischer Befunde, die diese belegen, ersucht.
Diese Frist hat sie ungenutzt verstreichen lassen. Zur Beurteilung der Arbeitsfähigkeit der Beschwerdeführerin soll deshalb nun ein amtsärztliches Gutachten eingeholt werden. Um weitere Verzögerungen zu vermeiden soll die dafür notwendige Untersuchung am 28. Februar 2022 um 14.00 Uhr im Amtsgebäude der belangten Behörde stattfinden. Sollte die Beschwerdeführerin diesen Termin nicht wahrnehmen, wird eine Untersuchung in ihrer Wohnung angedacht.
Der antragserledigende Bescheid soll binnen kurzer Frist nach Erstellung des Gutachtens und einer Möglichkeit zur Wahrung des Parteiengehörs der Beschwerdeführerin ergehen. Diesem sollen dabei die aus der amtsärztlichen Untersuchung und im Gutachten

gewonnenen Erkenntnisse zu Grunde gelegt werden. Die belangte Behörde beabsichtigt daher bei einer bestehenden Arbeitsfähigkeit der Beschwerdeführerin deren Antrag mangels Bereitschaft zum Einsatz ihrer Arbeitskraft abzuweisen und bei einer festgestellten Arbeitsunfähigkeit dem Antrag zu entsprechen."

I.3. Mit Bescheid der belangten Behörde vom 15. März 2022, GZ: BHBRSO-2017-449869/121-Dax, wurde dem Antrag der Bf Folge gegeben und ihr eine Leistung der Sozialhilfe zur Unterstützung des Lebensunterhalts sowie zur Befriedigung des Wohnbedarfs gemäß § 7 Abs. 2 Z 1 Oö. SOHAG, befristet bis 31. August 2022 gewährt. Gemäß § 11 Oö. SOHAG wurde ihr außerdem Hilfe durch Einbeziehung in die Krankenversicherung gewährt.

I.4. Die belangte Behörde legte dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich eine Abschrift dieses Bescheides vor.

I.5. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat Beweis erhoben durch die Einsichtnahme in den vorgelegten Verwaltungsakt, aus dem sich der entscheidungsrelevante Sachverhalt ableiten ließ. Eine Verhandlung konnte gemäß § 24 Abs. 2 Z 2 VwGVG entfallen, da das Verfahren einzustellen ist.

II. Nachfolgender Sachverhalt steht fest:

Der relevante Sachverhalt ergibt sich aus dem dargestellten Verfahrensgang und wird der Entscheidung zugrunde gelegt.

III. Beweiswürdigung:

Der festgestellte Sachverhalt ergibt sich unstrittig aus dem Verwaltungsakt.

IV. Rechtslage:

Das Landesgesetz, mit dem das Oö. Sozialhilfe-Ausführungsgesetz erlassen wird (Oö. Sozialhilfe-Ausführungsgesetz - Oö. SOHAG), LGBl. Nr. 107/2019 zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 6/2020, regelt in § 25 Oö. SOHAG die Entscheidungspflicht im Leistungsverfahren wie folgt:

„§ 25
Entscheidungspflicht im Leistungsverfahren
(1) Die Behörde ist verpflichtet, ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber drei Monate nach der Einbringung des Antrags gemäß § 21 Abs. 1, einen Bescheid zu erlassen.
(2) Wird der Bescheid nicht innerhalb der Entscheidungsfrist erlassen, so hat auf Grund einer Säumnisbeschwerde der Partei das Landesverwaltungsgericht der Behörde binnen

einer Woche aufzutragen, innerhalb von bis zu vier Wochen den Bescheid zu erlassen und eine Abschrift des Bescheids dem Landesverwaltungsgericht vorzulegen oder anzugeben, warum eine Verletzung der Entscheidungspflicht nicht vorliegt.
(3) Sofern dem Landesverwaltungsgericht binnen der Fristen nach Abs. 2 der Bescheid nicht vorgelegt wird, geht die Zuständigkeit zur Entscheidung auf das Landesverwaltungsgericht über; für seine Entscheidung gilt die Frist gemäß Abs. 1.
(4) Ungeachtet der Entscheidungspflicht gemäß Abs. 1 ist der regionale Träger der Sozialhilfe verpflichtet, wenn und insoweit eine unmittelbare Gefährdung des Lebensunterhalts oder des Wohnbedarfs der hilfesuchenden Person glaubhaft gemacht werden kann, die erforderliche Soforthilfe vorzugsweise in Form von Sachleistungen als Vorleistung zur Verfügung zu stellen."

V. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat hiezu erwogen:

V.1. Die Bf begründet ihre Säumnisbeschwerde mit dem Vorbringen, die belangte Behörde habe innerhalb der gesetzlichen Frist nicht über ihren Antrag auf Weitergewährung der Sozialhilfe entschieden.

Dem hält die belangte Behörde entgegen, die Bf sei ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen.

V.2. Zweck des Rechtsbehelfes der Säumnisbeschwerde ist es, demjenigen, der durch die Untätigkeit einer Behörde beschwert ist, ein rechtliches Instrument zur Verfügung zu stellen, um eine Entscheidung in der Sache zu erlangen. Der Verwaltungsgerichtshof hat in Fällen der Verletzung der Entscheidungspflicht zur Frage des überwiegenden Verschuldens der Behörde bereits ausgesprochen, dass der Begriff des Verschuldens der Behörde nicht im Sinn eines Verschuldens von Organwaltern der Behörde, sondern insofern „objektiv" zu verstehen ist, als ein solches „Verschulden" dann anzunehmen ist, wenn die zur Entscheidung berufene Behörde nicht durch schuldhaftes Verhalten der Partei oder durch unüberwindliche Hindernisse an der Entscheidung gehindert war. Ein überwiegendes Verschulden der Behörde liegt vor, wenn diese die für die zügige Verfahrensführung notwendigen Schritte unterlässt oder mit diesen grundlos zuwartet (VwGH 14.09.2016, Ra 2016/18/0127).

Zusammenfassend wird daher festgestellt, dass die belangte Behörde die notwendigen Verfahrenshandlungen durchwegs zeitnahe und kontinuierlich gesetzt hat. Die dargelegte Verzögerung ist – entgegen der Ansicht der Bf – im Ergebnis somit nicht auf ein überwiegendes Verschulden der Behörde zurückzuführen (VwGH 14.09.2016, Ra 2016/18/0127), sondern auf die fehlende Mitwirkung der Bf.

V.3. Darüber hinaus hat die belangte Behörde inzwischen mit Bescheid vom 15. März 2022, GZ: BHBRSO-2017-449869/121-Dax, über den Antrag der Bf (diesem stattgebend) entschieden.

V.4. Die *Erläuternden Bemerkungen zum Oö. SOHAG (Oö. Landtag: Beilage 1180/2019, XXVIII. Gesetzgebungsperiode)* führen zur Entscheidungspflicht Nachfolgendes aus:

„Abs. 1 sieht zunächst vor, dass die Frist zur Vornahme von Entscheidungen - abweichend von § 73 AVG - auf maximal drei Monate verkürzt wird.
Mit den Abs. 2 und 3 wird ein spezielles Prozedere vorgesehen, das sowohl Elemente aus § 73 AVG als auch Elemente des § 36 VwGG enthält. Ansonsten ist § 73 AVG heranzuziehen. Abs. 2 sieht im Interesse einer raschen Entscheidung - anders als § 73 Abs. 2 AVG - mit der Erhebung eine Säumnisbeschwerde nicht den unmittelbaren Übergang der Zuständigkeit an das Landesverwaltungsgericht des Landes Oberösterreich vor, sondern bestimmt, ähnlich wie § 36 Abs. 2 VwGG, dass der Bezirksverwaltungsbehörde eine kurze Frist zu setzen ist, innerhalb der entweder die Entscheidung getroffen oder die Begründung für die Nichtentscheidung abgegeben werden kann. Wird eine Entscheidung innerhalb dieser Frist erlassen, ist dem Interesse der antragstellenden Person Rechnung getragen worden - die Säumnisbeschwerde hat sich damit erledigt und das Verfahren ist ohne weiteres einzustellen.“

V.5. Im Ergebnis war daher das Verfahren wegen Gegenstandslosigkeit einzustellen.

VI. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

VI.1. Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer Rechtsprechung. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Es liegen auch keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

VI.2. Selbst das Fehlen von Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes vermag allerdings dann eine grundsätzliche Rechtsfrage nicht zu begründen, wenn die Rechtslage nach den in Betracht kommenden Normen klar und eindeutig ist (vgl. die Judikaturnachweise bei *Eder/Martschin/Schmid*, Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichte[2], E 284 ff zu § 34 VwGG). Eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung liegt somit nicht vor (vgl. VwGH 26.04.2017, Ro 2015/10/0052, Rz 11).

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

H i n w e i s

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.

Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Dr. Lidauer